

# Kundgebung gegen Naziaufmarsch in Schleusingen

Das Schleusinger Bündnis gegen Rechtsextremismus ruft zur Kundgebung gegen den für Montag in Schleusingen geplanten Aufmarsch der Neonazis um Tommy Frenck auf.

**Schleusingen** – In einer Pressemitteilung informiert das Schleusinger Bündnis gegen Rechtsextremismus (BgR):

„Am 17. August 1987 starb der Hitler-Stellvertreter und Nazikriegsverbrecher Rudolf Heß im Gefängnis. Seither benutzen Neonazis diesen Tag für Demonstrationen und Aufmärsche. In diesem Jahr hat die extreme Rechte in Thüringen vier Aufmärsche für diesen Tag angemeldet – in Eisenberg, Nordhausen, Erfurt und Suhl.“

Wie *Freies Wort* berichtete, hat die Stadt Suhl den geplanten Aufmarsch an der Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge auf dem Friedberg aus Sicherheitsgründen untersagt. „Andere Kundgebungsorte in Suhl sind bereits durch andere Veranstaltungen belegt. Das BgR Schleusingen begrüßt diesen Schritt der Stadtverwaltung und des Oberbürgermeisters der Stadt Suhl ausdrücklich.“

Frenck hatte bereits vorsorglich eine zweite Demo für Montag in Schleusingen angemeldet. Dazu, so Schleusingens Hauptamtsleiter Sebastian Fleischmann, habe es am gestrigen Donnerstag ein Kooperationsgespräch bei der Genehmigungsbehörde im Landratsamt gegeben. „Die Behörde sieht für die Nazi-Demo in Schleusingen keine Versagensgründe“, so Fleischmann.

Das Schleusinger Bündnis ruft „aus Solidarität mit der Stadt Suhl und aus Protest gegen die Naziaufmärsche zu einer öffentlichen Kundgebung“ auf. Wie es in der Pressemitteilung heißt, soll unter dem Motto „Diese Stadt hat Nazis satt – Gegen Fremdenfeindlichkeit und Nazihetze“ den Neonazis gezeigt werden, dass sie nirgendwo willkommen sind.

Die Veranstaltung beginnt um 17 Uhr auf dem Schleusinger Markt. Ebenfalls, so Bündnissprecher Reinhard Hotop, sei bereits eine Protestkundgebung gegen rechtsextreme Hetze für den 27. August angekündigt.

Das Bündnis erinnert an das Musikfestival „Südthüringen klingt bunt“ am 29. August in Kloster Veßra unter Beteiligung des Schleusinger BgR, welches sich auch gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wendet.